

## **Haushaltsrede der Fraktion ödp/Freie Wähler zum Haushaltsentwurf der Stadt Mainz für die Jahre 2011-12 von Prof. Dr. Felix Leinen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

wer sich mit dem aktuell zu beschließenden Haushalt der Stadt Mainz für das Jahr 2011 befasst, scheint vor einem unlösbaren Dilemma zu stehen. Prestigeobjekte, falsche Prioritätensetzungen und ein allzu sorgloser Umgang mit vermeintlich günstigen Kassenkrediten haben in den vergangenen 15 Jahren den Schuldenstand der Stadt auf ein Maß anwachsen lassen, das die Vorstellungskraft des Normalbürgers sprengt und die Gestaltungsspielräume der Kommunalpolitiker bis zur Unkenntlichkeit beschneidet.

Aktuell belaufen sich die Kassenkredite der Stadt Mainz – anschaulich gesprochen: die Überziehung des Girokontos ohne Tilgungsplan – auf über 700 Millionen Euro. Das sind mehr als 3500 Euro pro Mainzer Bürger. Hinzu kommt, dass auch mittelfristig kein ausgeglichener Jahreshaushalt in Sicht ist.

Zwar hat das Finanzdezernat es fertig gebracht, die für 2011 geplante Neuverschuldung zu senken – oder ist es nur ein unerwarteter Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen vor dem Hintergrund der angesprungenen Konjunktur? – wie auch immer: geplant ist für 2011 immer noch eine Neuverschuldung von über 90 Millionen Euro – mit deutlich steigender Tendenz für die Folgejahre. Fast 20% der laufenden Ausgaben in Höhe von 500 Millionen Euro sind nicht durch Einnahmen gedeckt.

Und auch die im gemeinsamen Haushaltsbegleitantrag der Ampel-Fraktionen SPD, Grüne und FDP genannten Maßnahmen werden bei kompletter Umsetzung immer noch zu einem Jahresdefizit von rund 85 Millionen Euro im Jahr 2011 und 100 Millionen Euro im Jahr 2012 führen.

Nebenbei birgt die bestehende Verschuldung erhebliches Risikopotential: Noch sind die Kassenkreditzinsen niedrig. Aber jeder Zinsanstieg um ein weiteres Prozent würde die Stadt über 7 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich kosten – und damit den Effekt der Bemühungen der Ampel auf einen Schlag neutralisieren.

Viele Aufgaben hat die Stadt an stadtnahe Gesellschaften delegiert. An stadtnahe Gesellschaften, die jedoch selbst mit äußerst knapper Kapitaldecke am Rande des finanziellen Abgrunds operieren. In manchen Fällen – siehe Wohnbau – haben sie durch haarsträubende Misswirtschaft sogar bundesweite Bekanntheit erlangt.

Eine Ursache hierfür sehen wir nach wie vor in der politischen Besetzung der Geschäftsführerstellen. An dieser Praxis hat sich leider nichts geändert. Dass unsere Forderung korrekt ist, wird allein schon dadurch belegt, dass die Umstrukturierung der Wohnbau nur durch eine vorübergehende Ausnahme vom Prinzip der politischen Besetzung möglich wurde. Ein Profi von außen hat in kurzer Zeit den Schlamassel eingedämmt, den Politiker mit unzureichender Fachkenntnis über Jahre hinweg angerichtet haben. Bitte halten Sie sich dies bei zukünftigen Besetzungen vor Augen!

Auch wenn wir im Fall Wohnbau in ein ruhigeres Fahrwasser gekommen sind – die hohen Schulden und der aufgelaufene Finanzierungsstau in Mainz blockieren stadtweit wichtige Maßnahmen und Weichenstellungen.

Fragen wir doch nur mal, warum man jahrelang sehenden Auges das Rathaus verkommen ließ, und wie die dringend notwendige Rathaussanierung denn nun finanziert werden soll – ersten Schätzungen zufolge dürften die Kosten der Sanierung (einschließlich Fundament) im hohen zweistelligen Millionenbereich liegen.

Gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Städtetag hat das Land seinen so genannten „Entschuldungsfonds“ als ein Heilmittel ausgelobt. Der Mainzer Stadtrat hat mehrheitlich entschieden, daran teilzunehmen. Das ist nicht völlig abwegig. Will das Land der Stadt auf diesem Wege doch innerhalb von 15 Jahren ein Drittel der Kassenkredite – also ca. 210 Millionen Euro – schenken.

Allerdings gegen ein Sparauflagen-Diktat der ADD, das in Mainz als äußerst unangenehm empfunden werden dürfte, da die ADD mit ihrem globalem Blick keine große Rücksicht auf lokale Besonderheiten nehmen kann.

Vor allem aber darf man nicht übersehen, dass es hierbei lediglich um eine Zwei-Drittel-Reduktion der bisher aufgelaufenen Kassenkredite geht – also um 420 Millionen Euro –, während die ungebremst voranschreitende Neuverschuldung auf Grundlage der jetzigen Planungen in der gleichen Zeit einen wesentlich höheren Fehlbetrag von ca. 1,5 Milliarden Euro erzeugen wird. Mit anderen Worten: Es muss davon ausgegangen werden, dass sich der Gesamtbetrag der ungedeckten Kassenkredite der Stadt Mainz nach Durchlaufen des Entschuldungsfonds auf rund 1,78 Milliarden Euro erhöht haben wird.

Wir halten die Bezeichnung „Entschuldungsfonds“ daher für einen Betrug am Bürger!

Ich denke, es wird klar, dass kleinere Sparmaßnahmen nach dem Motto „50.000 Euro hier, 10.000 Euro dort“, oder die von den Ampel-Fraktionen geplante Erhöhung der Elternbeiträge zum Essen in den Kindertagesstätten, oder die von den Ampel-Fraktionen geplante Reduzierung der städtischen Förderung lernschwacher Schüler, keine Maßnahmen sind, die uns vor der drohenden Überschuldung bewahren.

Die Fraktion ödp/Freie Wähler mahnt daher – neben anderen Maßnahmen aus der ihnen vorgelegten Liste – vor allem deutliche strukturelle Veränderungen in der Verwaltung und bei den stadtnahen Gesellschaften an.

Ein Ansatzpunkt ist die Beobachtung, dass es kreisfreie Städte in Rheinland-Pfalz gibt, deren Ausgaben pro Einwohner deutlich unter denen in Mainz liegen, obwohl sie sowohl im sozialen Bereich wie auch bei den Sachinvestitionen mit Mainz vergleichbar sind.

Beispiel Worms im Jahresvergleich 2008:

Die Gesamtausgaben lagen in Worms mit 2009 € pro Einwohner um 19% unter dem Wert 2389 € der Stadt Mainz, bei den Personalausgaben mit 420 Euro in Worms gegenüber 521 € in Mainz sogar um 24% unter denen der Stadt Mainz. Und dies, obwohl die Verschuldung pro Einwohner in Worms nur geringfügig unter der in Mainz lag, während Worms sogar höhere Sozialausgaben und Sachinvestitionen pro Einwohner zu verzeichnen hatte als Mainz.

Wir sind der Meinung, dass sich der Mainzer Haushalt an solchen Beispielen messen lassen muss. Nach Analyse der Unterschiede muss eine entsprechende Umstrukturierung vorgenommen werden.

Wir fordern also die Verwaltung auf, die interkommunalen Strukturunterschiede binnen eines halben Jahres zu analysieren und herauszuarbeiten. Und anschließend einen Maßnahmenkatalog zur Umstrukturierung in Mainz daraus abzuleiten. Auf diese Weise liegen dauerhafte Einsparungen in der Größenordnung 50 – 75 Millionen Euro pro Jahr im Bereich des Möglichen, ohne dass sich die von der Stadt erbrachten Leistungen spürbar verschlechtern. Das jährliche Defizit der Stadt würde bis auf den Betrag sinken, den die Stadt momentan für die Zinsen ihrer Kassenkredite aufwenden muss.

Um es noch mal deutlich hervorzuheben: Es geht uns nicht um einen Kahlschlag in der Verwaltung, sondern um eine effiziente Gestaltung der Abläufe und Kostensenkungen, die auf der bestehenden Praxis in vergleichbaren Städten beruhen.

Meine Damen und Herren:

Bitte lassen Sie zu, dass Mainz sich diesem interkommunalen Vergleich stellt, um zu einer substantiellen und nachhaltigen Senkung des Jahresdefizites gelangen zu können!

Selbstverständlich erwarten wir auch, dass der Oberbürgermeister sein Wort hält und die Einhaltung des Konnexitätsprinzips von Bund und Land einfordert.

Es geht darum, dass die von Bund und Land durch gesetzliche Vorgaben zunehmend an die Kommunen übertragenen Aufgaben – wie zum Beispiel Programme der sozialen Sicherung – auch von den Auftraggebern Bund und Land durch entsprechende Zuschüsse ausfinanziert werden.

Der Oberbürgermeister hat bereits vor über einem Jahr seine Bereitschaft erklärt, den Rechtsweg zu beschreiten, falls sich nichts rührt.

Unserer Meinung nach hat sich nichts gerührt.

Wann, Herr Beutel, ist mit den ersten konkreten Schritten zur Einforderung des Konnexitätsprinzips zu rechnen?

Dieser Weg ist nicht aussichtslos, da mehrere nordrhein-westfälische Kommunen ihn in einem konkreten Fall bereits erfolgreich beschritten haben. Mainz könnte hier eine Art stille Reserve in zweistelliger Millionenhöhe pro Jahr aktivieren.

Weitere Umstrukturierungen und Ergebnisverbesserungen sind im Bereich der stadtnahen Gesellschaften notwendig und möglich, was sich dann auch positiv auf den städtischen Haushalt auswirken wird:

Ohne Stadtwerke und Wohnbau hatte die Gesamtheit der restlichen Beteiligungsgesellschaften der Stadt Mainz im Jahr 2009 ein Eigenkapital von ca. 103 Millionen Euro, aber einen Gesamtverlust in Höhe von 1,23 Millionen Euro. Und dies, obwohl die Entsorgungsgesellschaft Mainz mit einem positives Jahresergebnis in Höhe von 4,48 Millionen Euro dazu beitrug, dass der Gesamtverlust auf eine Größenordnung von 1,2% begrenzt blieb. Da sich das Betätigungsfeld der Beteiligungsgesellschaften in weiten Teilen auf Bereiche erstreckt, die private Anbieter gewinnorientiert abdecken, erwarten wir, dass mit den verlustbringenden Gesellschaften umgehend Zielvereinbarungen getroffen werden, wonach eine positive Jahresrendite in Höhe von 5% des Eigenkapitals zu erzielen ist. Diese kann dann an die Gesellschafter wie z.B. die ZBM bzw. die Stadt Mainz ausgeschüttet werden (Einnahmepotential: bis zu 6,4 Millionen Euro).

Rechnet man alternativ incl. Stadtwerke und Wohnbau, so ergibt sich bei einer 5%igen Rendite aus dem Gesamteigenkapital in Höhe von ca. 420 Millionen Euro ein Einnahmepotential von 21 Millionen Euro.

Anzuerkennen ist, dass der Haushaltsvorschlag der Ampel-Fraktionen, die Ausschüttung der Stadtwerke Mainz auf 5 Millionen Euro zu erhöhen, immerhin in die richtige Richtung geht – wenngleich auch dies nur eine magere Eigenkapitalrendite von 3,2% darstellt. Zudem fließt dieses Geld nicht direkt in den städtischen Haushalt, sondern zu rund 95% in die ZBM. Dort deckt es zunächst einmal die erheblichen Gutachter- und Beratungskosten für den Aufbau der ZBM ab, sowie den nicht nachvollziehbaren Millionenverlust der Congress Centrum Mainz GmbH.

Die darüber hinausgehende Ausschüttung der Stadtwerke könnte nur zur Entlastung des Mainzer Haushaltes beitragen, wenn er direkt an die Stadt weitergelei-

tet würde. Denn wie wir gelernt haben, ist die Eingliederung der Verlustgesellschaften in die ZBM nur in manchen Fällen möglich. Und auch in diesen Fällen halten wir die Eingliederung nicht für sinnvoll. Wir fordern daher eine Zielvereinbarung, wonach die ZBM den Großteil ihrer verbleibenden Gewinne in den Stadtsäckel abführt, damit die Stadt auch wirklich von den ausgekehrten Gewinnen der Stadtwerke und anderer Beteiligungen der ZBM profitiert.

Neben den Beteiligungsgesellschaften gibt es auch die Eigenbetriebe der Stadt, wie z.B. die Gebäudewirtschaft Mainz. Diese benötigen natürlich für die ihnen von der Stadt Mainz anvertrauten Aufgaben der öffentlichen Hand – z.B. Bau und Unterhalt öffentlicher Gebäude – entsprechende Zuschüsse.

Aber auch die Eigenbetriebe können eine erhebliche Effizienzsteigerung erfahren. Beispielsweise werden in der Gebäudewirtschaft Mainz viele ähnlich gelagerte Aufgaben nach Stadtbezirken getrennt von unterschiedlichen Mitarbeitern parallel bearbeitet – jeder muss sich selbst in dieselben Sachverhalte hineinarbeiten, jedes Mal wird das Rad neu erfunden. Hier schlummern Synergieeffekte, die es zu aktivieren gilt.

Die Gebäudewirtschaft Mainz könnte bei Baumaßnahmen (wie z.B. energetischer Sanierung) mit dem gleichen Kapitaleinsatz einen höheren Effekt erzielen als bisher, wenn sie zunächst die wesentlichen Maßnahmen (wie z.B. Fenstertausch) simultan an mehreren Gebäuden vornehmen dürfte, anstatt eine Liste von Komplettsanierungen im Schnecken tempo abzuarbeiten.

Und bei allen Aufträgen muss stets das gesamtwirtschaftliche Ergebnis für die Stadt Mainz im Vordergrund stehen, d.h., es müssen auch die Folgekosten mitbedacht werden, nicht allein das Einhalten vorgegebener Baukosten.

Bislang habe ich nur über interne Maßnahmen gesprochen, die Bestandteil unseres Haushaltsbegleitantrages sind.

Aber natürlich fordern wir Herrn Sitte – ebenso wie früher Herrn Ringhoffer – auf, eine aktive Unternehmensansiedlungspolitik im Einklang mit der Umwelt und den Bedürfnissen der Bürger zu entwickeln, um die Wirtschaftskraft des Standortes Mainz zu stärken, das Steueraufkommen für die Stadt zu stabilisieren und weitere positive Effekte (wie z.B. geringere Sozialausgaben) für den Haushalt zu fördern. Hier erwarten wir von dem neuen Wirtschaftsdezernenten eine geschicktere Hand bei der Wahl seiner Maßnahmen als bei seinem Vorgänger.

Konnte doch die Stadt Mainz beim aktuellen Ranking<sup>1</sup> der 100 einwohnerstärksten Städte Deutschlands im Auftrag von INSM<sup>2</sup> und Wirtschaftswoche insgesamt nur einen unbefriedigenden Platz 48 belegen. In Bezug auf die wirtschaftliche

---

<sup>1</sup> [www.insm-wiwo-staedteranking.de](http://www.insm-wiwo-staedteranking.de)

<sup>2</sup> Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Entwicklung war Mainz mit Platz 99 sogar eines der beiden Schlusslichter im Dynamik-Ranking!

Bei der Bewerbung um die Auszeichnung „Stadt der Wissenschaft“ dürfte aber klarer zutage getreten sein, in welchen Bereichen Mainz ein besonderes Profil entwickeln könnte: Sicherlich als Medienstadt und als Kristallisationspunkt für Zukunftstechnologien.

Nun, meine Damen und Herren,

ich habe versucht darzulegen, dass es mit einer Liste kleinerer Detaileinsparungen alleine nicht getan ist. Zwar enthält unser Begeleitantrag auch solche Details.

Aber wirklich vorankommen kann die Stadt bei der Haushaltsgestaltung nach Meinung der Fraktion ödp/Freie Wähler nur, wenn sie tiefgreifende Veränderungen in Angriff nimmt.

Das setzt natürlich einen übergreifenden Konsens voraus, der auf der Einsicht beruht, dass wir andernfalls einen Konkursverwalter berufen müssten – wie ihn die Linke schon heute fordert.

Bitte sehen Sie daher die Ansätze aus unserem Haushaltsbegleitantrag als Anregungen für einen gemeinsamen Befreiungsschlag und prüfen Sie diese ernsthaft. Wie im vergangenen Jahr reichen wir Ihnen die Hand und sind gerne gesprächsbereit.

Dem vorgelegten Haushalt in seiner gegenwärtigen Form jedenfalls können wir bei allem guten Willen nicht zustimmen, da er die eigentlichen Ursachen der Haushaltsmisere nicht ansatzweise bei der Wurzel packt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.